



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr
Status:	öffentlich
Datum	18.06.2014

TOP 4. 1. Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung (NeyGefAbVO)

BM Ulrichs erläutert die Sitzungsvorlage.

Anlass zur Änderung seien massive Beschwerden zum Thema freilaufende Hunde und deren Hinterlassenschaften.

Gerade zu den Zeiten außerhalb des alljährlich geltenden Leinenzwangs für Hunde habe wiederholt ein erhöhtes Aufkommen an Beschwerden zum Thema „Hund“ festgestellt werden können. Um das Problem einzudämmen, solle der Leinenzwang ganzjährig gelten.

Seinerzeit sei ein ganzjähriger Leinenzwang an der fehlenden Gästedichte während der von der Regelung ausgenommenen Kalendermonate gescheitert. Heutzutage sei in den Monaten Januar, Februar, November und Dezember eine entsprechende Gästedichte zu verzeichnen, wodurch nunmehr ein ganzjähriger Leinenzwang ausgesprochen werden könne.

RM Kiefer äußert, dass das Thema „Hundekot“ und „nicht angeleinte Hunde“ differenziert betrachtet werden solle. Er sehe das Problem nicht beim freilaufenden Hund, sondern bei deren Besitzern. Trotz des „Ableinens“ solle der Hund beaufsichtigt werden. Der Hundebesitzer, der seinen Hund „streunen“ lasse, solle bestraft werden.

RM Raschke wirft ein, dass durch den ganzjährigen Leinenzwang die Hundewiese mit freilaufenden Hunden stärker frequentiert werde und auch hier die Gäste mit Angstpotenzial, wie z.B. Familien, auf dem Weg zum Weststrand auf die Hunde treffen würden.

RM Kiefer meint, dass die meisten Hundebesitzer Verantwortung zeigten und das Problem bei einigen wenigen Hundebesitzern läge. Das reiche nicht aus, um diesen Beschluss zu rechtfertigen.

Durch RM Flessner und RM Budde kommt die Frage auf, wie der Leinenzwang seitens des Ordnungsamtes kontrolliert werde bzw. wie hier vorangegangen werde. StAR Vißer erläutert, dass die Außendienstmitarbeiter die Hundehalter zunächst ansprechen und warnen. Gäste die zum ersten Mal auf der Insel seien, bekämen den Norderneyer Hundeflyer mit auf den Weg. Bei wiederholt ordnungswidrigem Handeln werde ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Bekomme das Ordnungsamt Mitteilungen über streunende Hunde, sei diese Aussage oftmals für ein Bußgeldverfahren zu unkonkret. Gefährliche Hunde würden dem Landkreis Aurich gemeldet. BM Ulrichs wirft ein, dass viele Leute bemerkbare Verstöße erst gar nicht zur Anzeige brächten.

BM Ulrichs äußert den Alternativvorschlag, den Leinenzwang von Mitte Dezember bis Mitte Januar einzuführen. Das Gästeaufkommen sei zu dieser Zeit vergleichbar mit demjenigen der Sommerferienzeiten von Niedersachsen/NRW. Im vergangenen Jahr habe die Reederei

von Mitte Dezember bis Ende Dezember einen Transport von mehr als 670 Hunden zur Insel registriert.

RM Stange wirft ein, dass das Problem so auch nicht gelöst werde. In den vier Wochen werde der einzelne Hundehalter, wenn überhaupt, einmal angesprochen und ermahnt.

Das Problem sei der Halter, der seinen Pflichten nicht nachkomme, so GF Loth. Er bestätigt, dass das Beschwerdeaufkommen zum Thema Hund gerade in den Wintermonaten deutlich zunehme. Die Beschwerdepunkte reichten vom Hundekot in den Zeiten, wo der Schnee abtaue, bis hin zu Beschwerden über freilaufende Hunde durch Familien und ältere Menschen. Auch in den anleinpflchtigen Zeiten gebe es viele Hundebesitzer, die ihre Hunde z.B. am Strand oder im Nationalparkgebiet frei laufen ließen. Um das Hundekotproblem zu lösen, wünsche er sich einen empfindlichen Bußgeldkatalog. Das Staatsbad biete erneut die Hilfe der Strandkapitäne an, die Ordnungsbeamten bei der Kontrolle an den Stränden zu unterstützen. Das Argument, es gebe zu wenig Mülltonnen auf der Insel, zähle für ihn nicht.

RM Raschke äußert, dass dieses Problem schon einmal Thema einer Sitzung gewesen sei, sie hätte damals für einen Mülleimer auf/an der Hundewiese plädiert. Auch heute könnten die Anwohner des Alten Horstes benutzte Hundekotbeutel in den Gebüschten bzw. Gärten vorfinden.

RM Bakker-Dinkla bittet, weiterhin an möglichen Lösungsansätzen zu arbeiten, auch wenn die Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung auf keinen Zuspruch treffe. Vorsitzender Aldegarmann sagt ihr dieses zu.

StAR Vißer erörtert anhand eines Beispiels, dass sich der Bürger „anpasse“. Sobald ein Außendienstmitarbeiter zu erkennen sei, verhalte er sich ordnungsgemäß. Vorsitzender Aldegarmann fordert, dass der Bürger nicht nur über das Verhalten von Hundehaltern schimpfe, sondern Zivilcourage zeige und deren Fehlverhalten zur Anzeige bringe.

Beschluss

Die 1. Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung wird abgelehnt.

0 Stimmen dafür

7 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen